

Claus J. Duisberg

Die deutsche Einheit Probleme, Widerstände, Verwirklichung

In der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts gibt es ein für Deutschland vielfältig und oft negativ besetztes Datum: Es ist der 9. November. Am 9. November 1918 endete mit der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik das deutsche Kaiserreich. Am 9. November 1923 unternahm Hitler in München einen erfolglosen Putschversuch. Am 9. November 1938 brannten in Deutschland die Synagogen. Am 9. November 1989 aber fiel auch die Berliner Mauer.

1918 steht für die erste große Zäsur des letzten Jahrhunderts: für den Zusammenbruch der alten Strukturen in Europa. Die Ereignisse von 1923 und 1938 waren Vorspiel der zweiten Zäsur: der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, dessen Ende 1945 den Niedergang des alten Europas und seiner weltpolitischen Geltung besiegelte, Deutschland und Europa teilte und den über vierzig Jahre anhaltenden Ost-West-Konflikt einleitete. Bis schließlich – und dafür steht nun das Jahr 1989 als dritte große Zäsur des Jahrhunderts – das sowjetische Imperium wieder zerfiel und sich die Entwicklung einer "neuen Weltordnung" – so George Bush senior – abzeichnete. In ihr sind Deutschland und Europa nach über 40 Jahren der Teilung wieder vereinigt, und das in *Freiheit*. 1989 ist damit, wie der Historiker Fritz Stern sagte, der "strahlendste Moment in Europas dunkelstem Jahrhundert" geworden.

Seit dem 3. Oktober 1990 leben die Deutschen in Ost und West wieder in *einem* Staat, und für alle gilt eine *freiheitliche* Verfassung. Das ist nun schon länger als die unseligen 12 Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft, länger auch als die am Ende glücklosen 15 Jahre der Weimarer Republik. Es ist auch bereits ein gutes Viertel der gesamten Nachkriegszeit. Wir alle haben uns bereits daran gewöhnt und finden es fast selbstverständlich.

Die 1989/1990 Geborenen, die jetzt schon volljährig werden, kennen nichts anderes als die Bundesrepublik in ihrer heutigen Gestalt; sie haben keine Vorstellung davon, was es heißt, in einem totalitären Staat zu leben. Das kommunistische System in der DDR, die deutsche Teilung und ihre Überwindung sind für sie schon Geschichte, auf der Zeitachse zwar nahe, aber im Gefühl bald ebenso weit entfernt wie das Ende des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Auch den Älteren unter uns droht das, was 1989 und 1990 geschah, bereits ins Vergessen abzugleiten, wie wir uns auch – was eigentlich noch erstaunlicher ist – kaum noch richtig an die Zeit der Teilung erinnern. Im Gegenteil: Schmerzen und Belastungen werden vergessen oder verdrängt, und im Osten erscheint manchen die Vergangenheit schon in einem sanft verklärenden Licht. Darüber geht die Einsicht verloren, daß uns, im Westen wie im Osten, mit der Wiedervereinigung ein großes Glück widerfahren ist.

Wir alle meinen ja gewöhnlich, daß es so, wie es gekommen ist, notwendigerweise auch kommen mußte. Die deutsche Wiedervereinigung war jedoch keineswegs selbstverständlich. Vielmehr ist sie einer unerwartet glücklichen Konstellation zu verdanken, die gegen große Widerstände mit Entschlossenheit genutzt worden ist. Es war eine Verkettung von Glück und Verdienst, die dazu geführt hat, daß wir in Deutschland *alle* wieder in *Freiheit* leben können.

Die Konstellation

Um deutlich zu machen, wie es dazu kam, muß man vom Jahr des Mauerfalls noch einmal zurückgehen auf das Jahr des Mauerbaus. Als am 13. August 1961 Ost-Berlin mit Zustimmung der Sowjetunion und unter Duldung der drei Westmächte durch eine Mauer abgeriegelt und in der Folge auch die innerdeutsche Grenze immer undurchdringlicher gemacht wurde, da wurde jedermann klar, daß die Teilung Deutschlands und Europas bis auf weiteres endgültig sein und sich an dem bestehenden Zustand nichts ändern würde, solange die Sowjetunion ihre Positionen in Mitteleuropa behauptete. Und daß sie dazu fest entschlossen war, zeigte sich spätestens 1968 bei der gewaltsamen Unterdrückung des Pauer Frühlings.

Der Bau der Berliner Mauer besiegelte das Ende der - schon 1959 ergebnislos abgebrochenen - Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland und beendete damals auch alle Hoffnungen auf Wiedervereinigung in überschaubarer Zukunft. In der DDR begann ein Prozeß der inneren, später auch äußeren Konsolidierung, und in Westdeutschland fing man an, sich mit der deutschen Teilung abzufinden. Die bis dahin im Gesamtdeutschen Ministerium mit bis in abstruse Details betriebenen Vorbereitungen für eine Wiedervereinigung wurden nur noch halbherzig weitergeführt und nach dem Regierungswechsel 1966 ganz eingestellt.

Die Einsicht, daß sich im Großen vorerst nichts ändern würde, führte aber auch zu einem neuen Ansatz in der praktischen Politik. Die Bestrebungen richteten sich nun vor allem darauf, im Verhältnis zwischen den beiden Blöcken in Ost und West einen modus vivendi zu finden, der verhinderte, daß - durch Versehen oder Fehlkalkulation - aus dem kalten ein heißer Krieg würde. Darüber hinaus hoffte man, durch vermehrte Kontakte eine Auflockerung der Fronten und langfristig auch Veränderungen im Innern des kommunistischen Systems zu bewirken. Die ersten Anstöße zu dieser neuen Politik kamen von den USA unter der Kennedy-Administration, sie wurden in Europa aufgenommen, nach anfänglichem Widerstreben auch von der Bundesregierung und - nicht immer zur Freude der Amerikaner - weiterentwickelt. Die Berliner Mauer war damit gleichsam zur Geburtshelferin der Entspannungspolitik geworden.

Neben Gesprächen über Rüstungsbegrenzung und -kontrolle, waren es vor allem zwei Bereiche dieser neuen Politik, die sich als politisch folgenreich erweisen sollten: die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und eine neue deutsche Ostpolitik.

Der Gedanke einer gesamteuropäischen Konferenz, an der auch die USA und Kanada teilnehmen sollten, war schon Ende der 60er Jahre ins Gespräch gebracht worden. Nach längeren Konsultationen verständigte man sich schließlich 1973 auf den organisatorischen Rahmen und die Tagesordnung der Konferenz, die dann nach mehreren außerordentlich mühsamen Verhandlungsrunden am 1. August 1975 mit der feierlichen Unterzeichnung einer Schlußakte in Helsinki abgeschlossen werden konnte. Neben allgemeinen Prinzipien und Absichtserklärungen zu verschiedenen Bereichen möglicher Zusammenarbeit wurde in einem Teil dieses Dokuments auch - das war eines der Hauptanliegen des Westens gewesen - die Zusammenarbeit in humanitären Fragen mit der Verstärkung von menschlichen Kontakten, Familienzusammenführung, Reisemöglichkeiten, Zugang zu Informationen und dergleichen angesprochen. Als bedeutungsvoll gerade im Hinblick auf diesen Teil erwies sich zudem, daß die Schlußakte in allen teilnehmenden Staaten veröffentlicht werden mußte und die Umsetzung in Folgekonferenzen regelmäßig überprüft werden sollte.

Eine der Voraussetzungen dafür, daß die Konferenz überhaupt stattfinden konnte, war, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre von Anbeginn verfolgte, mit den Jahren aber zuneh-

ment problematisch gewordene Politik der Isolierung und Nichtanerkennung der DDR revidierte. Das geschah nun tatsächlich mit der sogenannten neuen Ostpolitik, die nach 1966 unter der Großen Koalition eingeleitet, dann ab 1969 mit Willy Brandt als Kanzler in damals als dramatisch empfundenen Schritten umgesetzt wurde. In rascher Folge schloß die Bundesrepublik Verträge mit der Sowjetunion (1970), Polen (1970), der DDR (1972), später auch mit der Tschechoslowakei (1973), die unter Ausklammerung grundsätzlicher Differenzen eine Grundlage für die Aufnahme offizieller Beziehungen bildeten.

Ausgangspunkt dieses von Egon Bahr unter dem Motto "Wandel durch Annäherung" entwickelten Konzepts war die Einsicht, daß man den Realitäten Rechnung tragen müsse, wenn man auf sie einwirken und sie langfristig ändern wollte. Zu den Realitäten gehörte aber nun einmal auch das Regime in Ost-Berlin. Man kam nicht umhin, sich mit ihm trotz seiner mangelnden Legitimität ins Benehmen zu setzen, wenn man die Verbindung zwischen den Menschen beiderseits von Mauer und Stacheldraht erhalten wollte. Und nur so war es ja möglich, überhaupt ein Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit zu bewahren, ohne das eine eventuelle Wiedervereinigung schließlich keine Grundlage mehr gehabt hätte.

Mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen vom 21. Dezember 1972 erkannte die Bundesrepublik die DDR nun als nach innen und außen selbständigen Staat an, allerdings mit dem Vorbehalt, daß dies gewissermaßen nur pro tempore, d. h. vorläufig war. Wir hielten ausdrücklich an dem Ziel einer Wiedervereinigung und auch an einer fortbestehenden einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit fest. Im bilateralen Verhältnis war die DDR für uns nicht Ausland, sondern blieb ein *Teil* Deutschlands. Nach dem Grundlagenvertrag wurden Ständige Vertretungen eingerichtet und über die Jahre zahlreiche Abkommen und Vereinbarungen getroffen, die neben ihrem mehr oder weniger technischen Inhalt zu einer allmählichen Ausweitung von fachlichen und auch menschlichen Begegnungen führten. Mit begrenzten Zugeständnissen und dem Hebel wirtschaftlichen Entgegenkommens versuchte die Bundesregierung, die Grenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands durchlässiger zu machen. Die DDR erfuhr dabei eine gewisse Aufwertung, mußte sich aber auch etwas öffnen. Wir waren zuversichtlich, daß der Westen bei diesem Handel langfristig gewinnen würde.

Besonders wichtig war die Verbesserung von Reisemöglichkeiten, nicht nur von West nach Ost, sondern vor allem von Ost nach West. Hier kam es – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Honecker-Besuch im September 1987 – schließlich zu einer beachtlichen Ausweitung, so daß in den Jahren 1986 bis 1988 schätzungsweise rund sechs Millionen Menschen aus der DDR, davon etwa ein Drittel unterhalb des Rentenalters, ein- oder mehrmals zu Besuch in Westdeutschland oder West-Berlin waren. Das blieb nicht ohne Auswirkungen. Die unmittelbaren Erfahrungen im Westen, nicht zuletzt auch im Umgang mit Behörden, ließen die Systemunterschiede nur allzu deutlich hervortreten. Sie stärkten auch die Bereitschaft zu Kritik und offenem Widerspruch. Opposition, die zuvor eine individuelle und vielfach eher private Angelegenheit gewesen war, wurde öffentlich. Bis dahin vereinzelt oppositionelle Zellen traten miteinander in Verbindung und begannen, gemeinsam aufzutreten und zu handeln.

Zugleich und parallel dazu ging die Saat der KSZE auf. Erste sichtbare Früchte waren die Charta 77 in der Tschoslowakei und die Solidarnosc-Bewegung in Polen gewesen. Zeitlich versetzt und mit unterschiedlicher Intensität kam es aber in den 80er Jahren überall im Ostblock zu einer systemkritischen Diskussion unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte und Grundfreiheiten. In der DDR standen dabei die Zusicherungen der Reisefreiheit und Familienzusammenführung im Vordergrund, später aber zunehmend auch die Forderung nach Meinungs- und Informationsfreiheit, schließlich ganz generell nach politischer Freiheit. Mit dem Ruf "Wir sind das Volk!" gingen die Menschen dafür dann im Herbst 1989 auf die Straße.

Diese zunächst unterschwellige Gärung wurde genährt und befördert durch eine andere Entwicklung, die ihren Grund in den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatte, die alle Staaten des Ostblocks, allen voran die Sowjetunion selbst plagten. Vom Einholen oder gar Überholen des Westens, wovon Chruschtschow geprahlt hatte, konnte schon lange keine Rede mehr sein. Die Sowjetunion mußte auch einsehen, daß sie das Wettüben gegen die USA nicht gewinnen konnte. Von entscheidender Bedeutung war hier der sogenannte "Doppelbeschluß", mit dem die NATO 1979 auf die Einführung neuer sowjetischer Mittelstreckenraketen (SS 20) in Europa reagierte und der als Alternative zu Verhandlungen eine westliche Nachrüstung durch die Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen vorsah. Diese Nachrüstung wurde im übrigen nur dank der Entschlossenheit der Bundesregierung unter Helmut Kohl gegen massive innenpolitische Widerstände in Deutschland durchgesetzt. Darüber hinaus signalisierte der neue amerikanische Präsident Reagan unter anderem mit Plänen für ein Raketenabwehrsystem (SDI - "Star Wars"), daß die USA bereit und in der Lage waren, die Sowjetunion an die Wand zu rüsten. Hinzu kam, daß die Sowjetunion in einen aussichtslosen Krieg in Afghanistan verwickelt war, der erhebliche Kräfte und Ressourcen in Anspruch nahm.

Konrad Adenauer hatte schon Anfang der 50er Jahre und dann immer wieder betont, daß man im Blick auf eine Veränderung der Lage in Deutschland und Mitteleuropa nur etwas erreichen könne, wenn man der Sowjetunion in Verhandlungen "auf Augenhöhe" gegenübertrete. Dafür eröffneten sich jetzt Möglichkeiten. Der Westen war stark, und der Osten war geschwächt.

Das sah auch Mikhail Gorbatschow, der im März 1985 die Führung der Sowjetunion übernahm. Er erkannte, daß die Sowjetunion als Großmacht nur bestehen konnte, wenn es gelang, sie zu revitalisieren. Hierzu wollte er zunächst und vor allem die eigenen Kräfte des Landes mobilisieren - durch strukturelle Reformen mit einem Schuß Liberalität ("Perestroika" und "Glasnost"). Darüber hinaus sah er die Notwendigkeit einer stärkeren Öffnung gegenüber dem Westen, um die Sowjetunion durch wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zu modernisieren.

Die neue politische Linie konnte nicht ohne Auswirkungen auf den gesamten Ostblock bleiben: Die bisherige strikte Kontrolle der Satellitenstaaten in inneren wie in äußeren Angelegenheiten war damit nicht gut zu vereinbaren. Die Sowjetunion drängte auch selbst ihre Verbündeten zu Reformen, um das Bündnis insgesamt wirtschaftlich effizienter zu machen und sich auf diese Weise ihrerseits zu entlasten. Einige, insbesondere Ungarn und Polen, folgten aus eigenem Antrieb bereitwillig dem sowjetischen Beispiel und begannen mit eigenen Reformen; andere wollten zwar die Gelegenheit nutzen, um ihren außenpolitischen Bewegungsspielraum zu erweitern, waren in der Innenpolitik aber eher zögerlich. Vor allem die DDR wollte sich insofern nicht an das bewährte Wort "Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen" halten und distanzierte sich in kaum verhüllter Form von der sowjetischen Reformpolitik, die sie - nicht zu Unrecht - als Gefährdung ihrer eigenen Existenz ansah. Das verhinderte aber nicht, daß Gorbatschow überall im Ostblock und nicht zuletzt in der DDR als Hoffnungsträger angesehen und begrüßt wurde.

(Gorbatschow wird hierzulande gerne idealisiert gesehen. Es ist ja auch nicht zu leugnen, daß er in der sowjetischen Führung einen völlig neuen pragmatischen und weltffenen Typ verkörperte. Und es verdient auch festgehalten zu werden, daß seine Politik sich für Deutschland und ganz Mitteleuropa äußerst positiv ausgewirkt hat. Aber sein Ziel war schließlich nicht, Deutschland zu vereinen und den mitteleuropäischen Staaten Freiheit und Demokratie zu bringen. Vielmehr war er angetreten, um die Sowjet-

union wieder weltmachtfähig zu machen und das sowjetische Imperium zu stärken. Nur entwickelten dann die Kräfte, die er dafür in Bewegung setzte, eine Eigendynamik, die sich nicht mehr aufhalten ließ. Nach seinen eigenen Zielen und Maßstäben ist Gorbatschow daher politisch gescheitert. Statt zu erstarken, löste sich die Sowjetunion auf, und das Imperium zerfiel, weshalb Gorbatschow in Rußland auch alles andere als populär ist. Letztlich hat so auch ihn das Leben bestraft.)

1989 jedenfalls stand er für Veränderung. Der durch ihn von der Sowjetunion ausgehende Reformdruck traf nun aber in den anderen Ostblockstaaten auf eine quasi vorrevolutionäre Stimmung. Die Bürgerbewegungen fühlten sich ermutigt, und die sowjetische Regierung war weder willens noch in der Lage, ihnen mit Gewalt entgegenzutreten. Im September 1989 hätte es vermutlich genügt, einige sowjetische Panzer auf dem Leipziger Ring in Stellung zu bringen, um den Montagsdemonstrationen ein Ende zu bereiten. Schließlich lag die gewaltsame Unterdrückung des Prager Frühlings 1968 noch nicht allzulange zurück, und die Älteren erinnerten sich auch noch an die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953. Aber die sowjetischen Truppen blieben auffällig bewegungslos in ihren Garnisonen.

Schewardnadze hat später erklärt, es habe innerhalb der sowjetischen Führung starke Tendenzen gegeben zu intervenieren, und er habe das verhindert. Es mag sein, daß man in Moskau tatsächlich mit dem Gedanken einer Intervention gespielt hat. Dagegen dürfte aber vor allem die Überlegung gesprochen haben, daß mit einer Intervention dem gerade wieder wachsenden sowjetischen Ansehen in der Welt nachhaltig Schaden zugefügt und die für die wirtschaftliche Erneuerung als unerläßlich angesehene Zusammenarbeit mit dem Westen auf geraume Zeit verhindert worden wäre. Überdies ging man wohl auch noch davon aus, daß die DDR mit Reformen und unter einer neuen Führung befriedet werden könnte.

Die Wende von 1989 ist daher *nicht allein* Ergebnis einer friedlichen Revolution. Vielmehr trafen auf für Deutschland und Europa glückliche Weise *zwei* historische Entwicklungen zusammen:

- eine durch die westliche Entspannungspolitik wenn nicht ausgelöste, so zumindest beförderte Freiheitsbewegung in der Bevölkerung und
- eine durch wirtschaftliche Zwänge bestimmte Neuorientierung der sowjetischen Politik.

Für uns kam als glücklicher Umstand hinzu, daß Honecker im Sommer 1989 physisch durch Krankheit und auch schon mental geschwächt war. Im Vollbesitz seiner Kräfte wäre er wohl imstande gewesen, auf die Demonstranten schießen zu lassen; und ob dann die Sowjetunion hätte abseits stehen können, ist äußerst fraglich. Seine Genossen mit Krenz an der Spitze aber besaßen nicht mehr die gleiche Härte und Ruchlosigkeit. Am 9. Oktober waren in Leipzig zwar schon alle Vorbereitungen für eine Konfrontation getroffen worden; aber der Schießbefehl blieb dann doch aus.

So gingen die Demonstrationen verstärkt weiter, die Spannung wuchs, und die Opposition organisierte sich. Trotz Verboten wurden oppositionelle Gruppierungen und sogar Parteien gegründet: Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Vereinigte Linke, Demokratie Jetzt und eine Sozialdemokratische Partei.

Nach außen zeigte sich die Krise schon im Sommer 1989 in einem wachsenden Ausreisepressure. Um die DDR zu verlassen, suchten Menschen in wachsender Zahl Zuflucht in unseren Botschaften in Budapest, Prag und Warschau sowie in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin und weigerten sich, wieder zu gehen. Besonders in Prag und Budapest versuchten Tausende, auf diese Weise ihre Ausreise aus der DDR zu erzwingen. Die DDR gab sich zunächst un-

nachgiebig und verlangte das Gleiche von ihren Verbündeten. Als dann aber Ungarn in der Nacht vom 10. auf den 11. September seine Grenze öffnete und die Flüchtlinge – gegen den ausdrücklichen Willen der DDR - ausreisen ließ, begann die Bündnissolidarität zu zerbrechen. Der Eiserner Vorhang, der die Existenz der DDR sichern half, bekam einen Riß, der sich in der Folge rasch erweiterte. Die DDR mußte sich, auch auf sowjetisches Drängen, Ende September zu einer Lösung des Flüchtlingsproblems in Prag und Warschau bereitfinden, bestand hier allerdings noch darauf, daß die Ausreise über DDR-Gebiet erfolgte. Ende Oktober konnten Zufluchtsuchende aus Prag dann aber auch unmittelbar in die Bundesrepublik ausreisen. Noch bevor die Mauer tatsächlich fiel, war sie bereits unterhöhlt.

Bei den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober 1989 deutete sich bereits an, daß Honecker keinen Rückhalt mehr im Kreml hatte. Am 18. Oktober wurde er in einer Palastrevolution gestürzt. Nachfolger wurde Egon Krenz, der noch am selben Abend in einer Fernsehansprache Fehleinschätzungen und wirtschaftliche Probleme offen zugab, aber keinen grundsätzlich neuen Ansatz zu Reformen erkennen ließ. Er sprach von "Kontinuität und Erneuerung", legte den Akzent aber eindeutig auf Kontinuität; von dem ausschließlichen Macht- und Führungsanspruch der SED machte er keine Abstriche. Das war nun kein Signal, um den wachsenden inneren Druck abzubauen.

Tatsächlich beruhigte sich die Lage in der DDR nach dem Wechsel an der Spitze auch keineswegs. Ganz im Gegenteil; es gab Protestdemonstrationen gegen Krenz und die Forderung nach freien Wahlen. Partei und Regierung versuchten zunächst, den Druck mit Einzelmaßnahmen aufzufangen, gerieten aber zunehmend in die Defensive und wichen schließlich auf breiter Front zurück. Zahlreiche führende Funktionäre wurden von ihren Posten entbunden, und am 7. November trat erst die Regierung, dann am 8. November das Politbüro der SED geschlossen zurück. In den Vordergrund traten stattdessen Personen, die den Dialog mit der Bürgerbewegung nicht scheuten und sich zu Veränderungen bereit zeigten. Dazu gehörte Hans Modrow, der Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, dem der Ruf reformerischer Neigungen sowie persönlicher Integrität vorausging und der am 8. November zum neuen Ministerpräsidenten bestimmt wurde.

Zu den Maßnahmen, die schon unmittelbar nach Honeckers Sturz eingeleitet wurden, gehörte auch eine neue Reiseregelung. Denn das Verlangen nach Reisefreiheit war nach wie vor für ganz viele ein dringliches Anliegen. Ein erster, noch mit einigen Einschränkungen behafteter Entwurf stieß sofort auf heftige öffentliche Kritik, so daß am 9. November beschlossen wurde, die Einschränkungen weitgehend fallen zu lassen. Irrtümlich gab dann Schabowski in einer Pressekonferenz diesen noch gar nicht förmlich umgesetzten und zur Veröffentlichung freigegebenen Beschluß als sofort wirksam bekannt. Es kam zur spektakulären Öffnung der Mauer in Berlin und den bekannten Bildern, die um die Welt gingen.

Probleme und Widerstände

Die Zeichen standen nun also auf grundstürzende Veränderungen. Willy Brandt sagte damals: "Nichts wird wieder so, wie es einmal war" und dann: "Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört". Notabene: Ein Jahr zuvor hatte er noch die Hoffnung auf Wiedervereinigung als die "Lebenslüge der zweiten deutschen Republik" bezeichnet.

Man muß hier daran erinnern, daß vor 1989 große Teile der westdeutschen Öffentlichkeit, vor allem auf der linken Seite des politischen Spektrums, auch – wie das Zitat zeigt – Politiker wie Willy Brandt und mit ihm weite Kreise der SPD, aber nicht nur der SPD, die deutsche

Einheit im Grunde schon abgeschrieben hatten. Die Idee der fortbestehenden deutschen Nation mit einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit wurde von vielen Westdeutschen damals zunehmend als unzeitgemäß und wirklichkeitsfern betrachtet. Anders jedoch der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, der mit der ihm eigenen Unbeirrbarkeit am Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands festhielt und diese Grundsatzposition gegen alle, die ihm Starrheit, mangelnden Realitätssinn, Entspannungsfeindlichkeit und dergleichen vorwarfen, beharrlich vertreten hatte. Jetzt sah er eine zunächst noch ferne Perspektive zu ihrer Verwirklichung. Der "Kairós", nach Thukydides der glückliche historische Moment, braucht, um fruchtbar zu werden, immer auch Personen, die entschlossen sind, ihn zu nutzen. Und das ist zweifellos das historische Verdienst der damaligen Bundesregierung.

Zunächst waren allerdings nicht unerhebliche Probleme zu bewältigen und Widerstände zu überwinden. Im wesentlichen waren es drei Komplexe, mit denen es die Bundesregierung im Winter 1989/90 zu tun hatte:

- Die Dynamik der revolutionären Entwicklung in der DDR selbst, deren Dimension anfänglich noch gar nicht zu erfassen, dann auch nicht zu kontrollieren war;
- Widerstände im Innern, und zwar auf beiden Seiten;
- Widerstände im internationalen Umfeld.

Vor und erst recht nach der Öffnung der Mauer entwickelte sich eine nach allen Seiten ausufernde Diskussion. Sie reichte von hysterischen Warnungen vor einem neuen deutschen Nationalismus bis zu Forderungen, nun mehr oder weniger kurzen Prozeß mit der DDR zu machen. Um in dieser Situation einerseits die deutschen Interessen deutlich zu machen, andererseits übermäßige Erwartungen und entsprechende Befürchtungen zu dämpfen, entschloß sich der Bundeskanzler, bei Gelegenheit der Haushaltsdebatte am 28. November eine Grundsatzerklärung abzugeben, die als "Zehn Punkte" bekannt wurde. Darin wurde eine Politik der schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten unter Einbindung in einen gesamt-europäischen Prozeß skizziert, die über konföderative Strukturen und gemeinsame Institutionen schließlich zur staatlichen Vereinigung führen sollte.

Kohl und alle Beteiligten gingen dabei davon aus, daß mit dieser Erklärung ein Handlungsrahmen von mehreren Jahren abgesteckt würde und das Ziel der Wiedervereinigung nur sehr langfristig erreicht werden könnte. Tatsächlich waren die "Zehn Punkte" aber schon nach wenigen Wochen überholt. Der Grund war, daß die DDR zerfiel und das viel schneller, als alle es für möglich gehalten hatten. Was mit dem Sturz Honeckers begonnen hatte, entwickelte eine überraschende Dynamik. Reihenweise traten führende Funktionäre zurück oder wurden schlichtweg abgesetzt. Honecker und elf weitere Mitglieder der früheren Partei- und Staatsführung wurden im Dezember aus der SED ausgeschlossen; wenig später wurde ihnen der Prozeß gemacht. Krenz konnte sich ebenfalls nicht halten und mußte am 6. Dezember seine Ämter aufgeben; im Januar wurde auch er aus der Partei ausgeschlossen. Auf einem Parteitag im Dezember unter dem neuen Parteivorsitzenden Gregor Gysi. gab die SED ihren Namen auf und nannte sich nun SED-PDS; etwas später verschwand auch das Kürzel SED in der Rumpelkammer der Geschichte; die Zahl der Mitglieder war von 2,3 Millionen auf ein knappes Drittel geschrumpft.

Die sogenannten Blockparteien – Ost-CDU, LDPD, NDPD und DBD – verselbständigten sich; und daneben entstanden zahlreiche – teilweise nur kurzlebige - Parteien und politische Gruppierungen. Sie alle konnten aber nicht das politische Vakuum füllen, das die abtretende SED hinterließ. Als Ersatz bildete sich eine pseudolegitime Institution – der "Runde Tisch". Um ihn versammelten sich auf Einladung und unter Moderation der beiden Kirchen erstmals am 7. Dezember in Berlin Vertreter aller dieser Gruppen, um über die weitere Entwicklung zu

reden. Der "Runde Tisch" wurde danach zur ständigen Einrichtung; und nach dem Berliner Vorbild wurden bald überall im Lande runde Tische gebildet, an denen nachgerade fast alle aktuellen Themen – nicht selten mit recht disparaten Ergebnissen – behandelt wurden.

Mit der inneren Auflösung der SED verfiel nun aber auch die staatliche Ordnung in der DDR. Die SED hatte sich ja selbst immer als die staatstragende Partei verstanden, und die Parteistrukturen waren mit den staatlichen eng und schwer unterscheidbar verflochten. In dem Maße, in dem jetzt die Parteistrukturen zerbröckelten, wurden auch die normalen staatlichen Ordnungsfunktionen– Polizei, Justiz, Erziehung, Gesundheitswesen und sonstige öffentliche Dienste – notleidend. Entscheidungen der Regierung konnten nur noch begrenzt durchgesetzt werden; vieles entzog sich der amtlichen Kontrolle.

Der Verfall der staatlichen Autorität verstärkte sich zum Anfang des neuen Jahres auf fast dramatische Weise. Es kam so weit, daß im Januar 1990 in der sowjetischen Botschaft ernsthaft erwogen wurde, die sowjetischen Truppen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einzusetzen.

Hinzu kam der anhaltende und sich verstärkende Exodus der Bevölkerung. Die Menschen verließen die DDR in hellen Scharen. Im Jahr 1989 siedelten insgesamt 343 854 Menschen in die Bundesrepublik über; vom 9. November bis zum Ende des Jahres waren es allein nahezu 150 000. Fast jeden Tag kamen zwischen 2000 und 3000, oft mehr in den Westen. Im ersten Quartal des neuen Jahres waren es erneut 168 000. Eine wichtige Triebfeder der Migration war natürlich der Wunsch, den westlichen Lebensstandard zu erreichen. Die Menschen waren nicht länger bereit hinzunehmen, daß sie für ihre Arbeit wenig und noch dazu schlechtes Geld erhielten. Jeder der wegging hinterließ aber eine Lücke in der Produktion, in der Verwaltung, bei den Dienstleistungen, wodurch die allgemeinen und vor allem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter verschärft wurden und wieder andere zum Fortgehen bewegten. Es war ein sich selbst verstärkender Prozeß, der über kurz oder lang zum völligen Kollaps führen mußte.

Modrow geriet unter diesen Umständen in immer größere Bedrängnis. Um seine politische Basis zu verbreitern, einigte er sich Ende Januar mit dem "Runden Tisch" auf eine "Regierung der nationalen Verantwortung", der Vertreter der Opposition als Minister ohne Geschäftsbereich angehörten. Es führte jetzt auch kein Weg mehr an möglichst baldigen Wahlen zur Volkskammer vorbei. Hatte Modrow im November noch einen Termin zwischen dem Herbst 1990 und dem Frühjahr 1991 ins Auge gefaßt, so wurde auf Drängen des "Runden Tisches" der Termin erst auf Mai 1990 und schließlich auf den 18. März vorgezogen.

Wirtschaftlich setzte Modrow alle seine Hoffnungen auf die Bundesregierung. Die war zwar grundsätzlich zu umfassender Hilfe bereit, half auch tatsächlich, wollte aber nicht gleichsam in ein dunkles Loch zahlen, ohne auf die Entwicklung Einfluß nehmen zu können. Zunächst sollten deshalb auch die Volkskammerwahlen abgewartet werden. Von einem Treffen in Bonn Mitte Februar 1990 mußte Modrow mit leeren Händen zurückfahren.

Auf der anderen Seite war ab Januar klar, daß alles, was in Ostdeutschland geschah, sich unmittelbar auch in Westdeutschland auswirkte. Die Entwicklung in der DDR drohte – allein schon durch die anhaltende Ausreisewelle - zu einer wirtschaftlichen und sozialen Belastung für die Bundesrepublik zu werden. Die politische Antwort darauf konnte nur sein, entschieden und ohne jede Verzögerung die staatliche Vereinigung zu betreiben. Dazu war Helmut Kohl nun entschlossen. Erster entscheidender Schritt war der Vorschlag der Bildung einer Wirt-

schafts- und Währungsunion mit der DDR. Damit sollte auch den Menschen eine Perspektive gegeben werden, die sie zum Bleiben veranlassen könnte.

Das war ein gewagter und allen ökonomischen Lehrmeinungen und Ratschlägen widersprechender Plan. Überhaupt war der Kurs auf eine staatliche Wiedervereinigung – und damit komme ich zu den inneren Widerständen – keineswegs durchgehend populär. Nach der ersten Euphorie, die dem Mauerfall folgte, kamen in der Bundesrepublik schon bald allerlei Bedenken auf. In der SPD sorgte man sich um die europäische Stabilität, die man durch zwei deutsche Staaten am besten gewährleistet glaubte; die Grünen sahen die deutsche Teilung ohnehin als moralische Konsequenz der nationalsozialistischen Untaten an und lehnten einen neuen gesamtdeutschen Nationalstaat schon deshalb ab; linke Intellektuelle hielten den Nationalstaat an und für sich für überholt (was nur leider noch nicht alle gemerkt hätten); wieder andere sorgten sich um zu erwartende wirtschaftliche Lasten und eine Beeinträchtigung des heimischen Wohlstands und der vertrauten Verhältnisse. Und ganz allgemein: Wer nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zur DDR lebte oder dort Freunde und Verwandte hatte, dem war die Welt dort nicht nur fremd, sondern meistens auch gleichgültig.

Auch die Bürgerbewegung in der DDR hatte mit einer Wiedervereinigung anfänglich wenig oder gar nichts im Sinn. Allen Oppositionsgruppen ging es zunächst nicht um ein einiges Deutschland, sondern um eine neue und bessere DDR. Das "Neue Forum" und die Sozialdemokratische Partei, die sich in bewußter Abgrenzung zur westdeutschen Sozialdemokratie "SDP" nannte, lehnten eine Vereinigung mit der Bundesrepublik sogar ausdrücklich ab. Auf einer großen Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November forderten Schriftsteller und Intellektuelle – darunter Stefan Heym und Christa Wolff – vor allem eine Erneuerung der DDR, einen Staat mit "menschlichem Gesicht"; und im selben Sinn wandten sich Künstler und Oppositionsgruppen in einem von Christa Wolff im Fernsehen verlesenen Appell am 8. November an die Bevölkerung. Am 26. November veröffentlichten die gleichen Kreise einen Aufruf "Für unser Land", in dem für die Eigenständigkeit der DDR und die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft geworben und vor einem Ausverkauf der materiellen und moralischen Werte der DDR und vor Vereinnahmung durch die Bundesrepublik gewarnt wurde. Sie träumten alle den alten Intellektuellentraum von einem dritten Weg, der zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu einem humanen Sozialismus führen sollte, wo weder Auseinandersetzung und Wettbewerb noch Mangel und Unfreiheit herrschten, sondern alle in sozialer Harmonie ihr Auskommen finden würden.

Es war die Basis, die nicht träumte, sondern real dachte und aus der ab Mitte November neben dem Ruf "Wir sind das Volk" zunehmend der Ruf "Wir sind *ein* Volk" zu vernehmen war. Die große Mehrheit erwartete nichts mehr von ihrem bisherigen Staat, sondern richtete alle Hoffnungen auf die Bundesrepublik. Sie wollten ganz einfach ebenso leben wie die Menschen dort – oder wie sie glaubten, daß die Menschen dort lebten. Die einen suchten nun die Vereinigung kurzerhand für sich persönlich durch Übersiedelung in den Westen zu verwirklichen; die anderen, die dieses Wagnis scheuten, wünschten die staatliche Vereinigung, damit sie es auch zu Hause so hätten wie im Westen. Diesem Druck konnten sich auf die Dauer auch die Parteien nicht entziehen, wenngleich sie sich das Anliegen in unterschiedlicher Weise – die einen mehr, die anderen weniger, einige allerdings auch gar nicht – zu eigen machten.

Nun war die deutsche Einheit zwar zweifellos unsere höchst eigene, aber eine doch keineswegs nur uns allein angehende Sache. Ein wiedervereinigtes Deutschland würde, wie jeder mann wußte, eine kritische Größe in der Mitte Europas haben, die alle anderen, insbesondere unsere Nachbarn beunruhigen mußte. Einige dieser Nachbarn reagierten deshalb äußerst kritisch auf die Entwicklung in Deutschland. Außerdem war die Bundesrepublik in der Frage der

Wiedervereinigung nicht souverän. Sie hatte sich selbst stets auf die Verantwortung der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes berufen; und in Art. 2 des Generalvertrags von 1952/1954 hatten sich die drei Westmächte ihre diesbezüglichen Rechte auch ausdrücklich vorbehalten. Sie ließen jetzt auch keinen Zweifel daran, daß sie in dieser Frage nicht nur eine Mitsprache-, sondern ein Mitentscheidungsrecht beanspruchten.

Frankreich und Großbritannien fürchteten ein deutsches Übergewicht und damit um ihren eigenen Einfluß in Europa. Sie suchten deshalb nach Wegen, Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen, um sie zumindest zu verzögern. Die britische Regierung erklärte, es gehe vorrangig um das Selbstbestimmungsrecht der ostdeutschen Bevölkerung; und die britische Premierministerin wandte sich bei einem EG-Gipfeltreffen Anfang Dezember mit scharfen Worten gegen deutsche Wiedervereinigungspläne. Der französische Präsident Mitterand wiederum verabredete – ohne Abstimmung mit der Bundesregierung – für den 20. Dezember einen offiziellen Besuch in der DDR, erkennbar in der Absicht, dem neuen Regime den Rücken zu stärken. Er mußte dann allerdings einsehen, daß dieses Regime auf Dauer nicht zu halten war; und als sich zeigte, daß die deutsche Einheit unvermeidlich kommen und jeder Widerstand dagegen nur zu einer nachhaltigen Belastung der deutsch-französischen Beziehungen führen würde, stellte die französische Regierung alle Vorbehalte zurück und schloß sich der Bewegung an. Mrs. Thatcher machte dagegen bis fast zuletzt keinen Hehl daraus, daß ihr der Gang der Dinge mißfiel.

Großbritannien und Frankreich konnten aber ohnehin die Entwicklung nur in engen Grenzen bestimmen. Letztlich entscheidend war die Haltung der Sowjetunion auf der einen und der USA auf der anderen Seite. Die Einstellung der amerikanischen Regierung war von Anfang an uneingeschränkt positiv. Sie sah den eingeleiteten Prozeß auch als Erfolg ihrer eigenen Politik an und förderte ihn nach Kräften. Die Sowjetunion zeigte sich dagegen zunächst grundsätzlich ablehnend. Sie verhartete jedenfalls vordergründig auf der Position, daß die Existenz zweier deutscher Staaten zu den gewachsenen Realitäten in Europa gehöre und eine Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung stehe. Schon im November gab es jedoch auch Andeutungen, daß die Sowjetunion ihre Haltung möglicherweise überdenken könnte. Und tatsächlich begann sie in der Folgezeit, ihre bisherigen Positionen, wenn auch äußerst widerwillig, schrittweise zu räumen. Spätestens im Januar sah man nämlich in Moskau, daß die DDR in der bisherigen Form nicht zu halten war; dazu waren die Dinge – und ja nicht nur in der DDR – inzwischen schon zu weit fortgeschritten. Außerdem ging es über die Kräfte der Sowjetunion, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der DDR weiterhin zu gewährleisten. Von nun an konzentrierte sich die sowjetische Führung daher auf den Versuch, die Entwicklung soweit wie möglich zu steuern und für die eigenen Interessen zu retten, was zu retten war.

Konrad Adenauer hatte noch ein Jahr vor seinem Tod, am 21. März 1966, gesagt: *"Ich gebe die Hoffnung nicht auf: Eines Tages wird auch Sowjetrußland einsehen, daß diese Trennung Deutschlands und damit Europas nicht zu seinem Vorteil ist. Wir müssen aufpassen, ob der Augenblick kommt. Aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen."*

Jetzt war dieser Augenblick gekommen, und er sollte genutzt werden. Als Bundeskanzler Kohl am 10. Februar 1990 in Moskau mit Gorbatschow zu einem langen Gespräch zusammentraf, konnte er im Anschluß erklären, Gorbatschow stimme mit ihm überein, daß es das alleinige Recht des deutschen Volkes sei, darüber zu entscheiden, ob es in einem Staat zusammenleben wolle; die Sowjetunion werde die Entscheidung der Deutschen respektieren; es sei auch Sache der Deutschen, selbst Zeitpunkt und Weg der Einigung zu bestimmen. Damit war der Durchbruch erreicht.

Von nicht geringer Bedeutung war jedoch auch die Form, in der der Vereinigungsprozeß außenpolitisch abgesichert und sanktioniert werden mußte. Am Ende sollte aus unserer Sicht eine Regelung stehen, mit der die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes beendet würden und Deutschland seine uneingeschränkte Souveränität zurückerhielte. Aber wie dorthin gelangen? Eine allgemeine Friedenskonferenz – an der alle ehemaligen Kriegsgegner des Deutschen Reiches hätten beteiligt werden müssen – konnte 45 Jahre nach Kriegsende nicht ernsthaft in Betracht kommen, zumal dabei die Frage von Reparationen nicht zu vermeiden gewesen wäre. Ebenso schieden Verhandlungen im Rahmen der KSZE aus; wir hatten zwar ein Interesse, die deutsche Entwicklung eng in die europäische einzubinden, wollten aber doch keinesfalls allen Mitgliedstaaten ein wie immer geartetes Mitspracherecht einräumen. Schließlich wollten wir auch keine Vier-Mächte-Konferenz ohne deutsche Beteiligung, ebensowenig wie eine "Katzentisch-Lösung" wie in Genf 1959, als eine westdeutsche und eine ostdeutsche Delegation jeweils gesondert neben dem Tisch plaziert waren, an dem die Außenminister der Vier Mächte zum bisher letzten Mal über die deutsche Frage verhandelt hatten.

Engländer und Franzosen waren reinen Vier-Mächte-Verhandlungen nicht ganz abgeneigt. Die Amerikaner verstanden unsere Bedenken dagegen sehr gut. Sie entwickelten deshalb ein Konzept für den Verhandlungsrahmen, das unter dem Namen "Zwei-plus-Vier" bekannt wurde und sowohl die besonderen Rechte der Vier Mächte berücksichtigte als auch den beiden deutschen Staaten ein unmittelbares Mitwirkungsrecht sicherte, zugleich aber die Mitsprache weiterer Staaten eindeutig ausschloß. Nur das Ergebnis sollte schließlich einem für den Herbst 1990 vorgesehenen KSZE-Gipfeltreffen vorgelegt werden. Der amerikanische Außenminister Baker gewann dafür die Zustimmung der Briten und der Franzosen und schließlich bei Gesprächen in Moskau unmittelbar vor dem Besuch des Bundeskanzlers auch die Zustimmung der sowjetischen Führung.

Verwirklichung – der Weg zur Einheit

So waren die Weichen gestellt, als am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR stattfanden. Helmut Kohl war es gelungen, mit der Ost-CDU und zwei kleineren neuen Parteien, dem Demokratischen Aufbruch und der Deutschen Sozialen Union, eine Verbindung zu schaffen, die sich unter dem Namen "Allianz für Deutschland" auf der rechten Seite des politischen Spektrums zur Wahl stellte und sich ebenso wie ein liberales Wahlbündnis (der aus Ost-FDP mit der alten ostdeutschen LDPD und der neuen Deutschen Forum-Partei gebildete "Bund Freier Demokraten") im Wahlkampf klar für einen baldigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik aussprach.. Aus den Bürgerbewegungen Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte ging das "Bündnis 90" hervor, während die neue (Ost-) SPD, die sich zunächst auch um Wahlbündnisse bemüht hatte, allein antrat, ebenso wie natürlich auf der äußersten Linken die SED-Nachfolgerin PDS. Daneben gab es eine Vielzahl kleinerer Parteien; alles in allem waren es 24 Parteien und Listenverbindungen. Die SPD wollte die Einheit zwar zügig, aber nicht überstürzt; Bündnis 90 war skeptisch, und die PDS war dagegen, ohne das allerdings ausdrücklich zu sagen.

Die Wahlbeteiligung reichte mit 93,38 % fast an alte DDR-Verhältnisse heran, war diesmal aber nicht erzwungen, sondern Ausdruck des Wunsches, selbst aktiv an der politischen Gestaltung mitzuwirken. Entgegen allen Voraussagen, die eine Mehrheit für die SPD gesehen hatten, errang das bürgerliche Lager einen klaren Wahlsieg (Allianz 40,82%, Bund Freier Demokraten 5,28%), die PDS (16,4 %) wurde ebenso klar deklassiert, und die SPD (21,88 %)

blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Auf der Grundlage dieses Wahlergebnisses wurde im April in einer Koalition der Allianz-Parteien mit der SPD und den Liberalen eine Regierung gebildet mit Lothar de Maizière als Ministerpräsidenten. Eine zentrale Aussage in der Koalitionsvereinbarung und dann in der Regierungserklärung war, daß die deutsche Einheit durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland herbeigeführt werden sollte, nachdem vorher die Bedingungen in Verhandlungen mit der Bundesregierung geregelt und in der DDR Länderstrukturen geschaffen worden waren.

Damit schien nun die Zielgerade auf dem Weg zur deutschen Einheit erreicht zu sein. Doch lagen auf diesem Weg noch große Stolpersteine, und ein Scheitern, zumindest eine möglicherweise fatale Verzögerung war nicht auszuschließen. Im wesentlichen waren es wieder drei Bereiche, in denen die Probleme lagen, die in den folgenden Monaten zu bewältigen waren:

- Die Einigung über den äußeren Rahmen und die internationale Absicherung der deutschen Einheit;
- Innenpolitische Kontroversen in der (alten) Bundesrepublik;
- Substanzuelle Interessenkonflikte zwischen den beiden deutschen Staaten.

Im einzelnen überschritten sich diese Bereiche und beeinflussten sich gegenseitig; zur besseren Übersicht sollen sie hier aber nacheinander behandelt werden.

Über den *äußeren Rahmen* wurde in den bereits erwähnten sogenannten Zwei-plus-Vier-Gesprächen zwischen den Vier Mächten und den beiden deutschen Staaten verhandelt. Die Verhandlungen hatten schon kurz vor der Volkskammerwahl – noch unter Beteiligung der Modrow-Regierung - begonnen und wurden Ende April fortgesetzt. Als zentrales Problem erwies sich die Frage des künftigen Status, speziell des militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands. Für die USA war es eine *conditio sine qua non*, daß die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage gestellt würde; auch das wiedervereinigte Deutschland sollte daher Mitglied der NATO sein. Das wiederum wurde von der Sowjetunion nachdrücklich abgelehnt, die ein neutralisiertes Deutschland anstrebte. Hiermit liebäugelte auch die DDR, jedenfalls ihr damaliger Außenminister Meckel (SPD), während die Bundesregierung das strikt ablehnte, allerdings intern auch nicht einer Meinung über die praktischen Konsequenzen insbesondere für den künftigen Status des DDR-Gebiets war.

Der Durchbruch in dieser Frage wurde dann jedoch rascher als erwartet erzielt. Entgegen einer später in Deutschland gern gepflegten Legende machte die Sowjetunion die entscheidende Konzession nämlich nicht erst im Juli im Kaukasus gegenüber dem Bundeskanzler, sondern – wie es der strategischen Bedeutung der Frage zukam – im bilateralen Kontakt mit der anderen Supermacht. Am 31. Mai erklärte sich Gorbatschow in Washington gegenüber dem amerikanischen Präsidenten ausdrücklich damit einverstanden, daß ein vereinigtes Deutschland selbständig über die Mitgliedschaft in einem Bündnis entscheiden könne. Damit war gesagt, daß die Sowjetunion es – wenngleich widerwillig - gegebenenfalls auch akzeptieren würde, wenn Deutschland sich für die Mitgliedschaft in der NATO entschied. Obwohl der Präsident den Bundeskanzler telefonisch und schriftlich über das Gespräch unterrichtete, wurde die Bedeutung dieser Erklärung im Bundeskanzleramt seltsamerweise überhaupt nicht wahrgenommen. Es blieb dann freilich immer noch vieles zu regeln, besonders bezüglich des Aufenthalts und Abzugs der in Deutschland stationierten sowjetischen Truppen, und insofern war dann auch das Treffen im Kaukasus noch sehr wichtig.

Von Bedeutung war auch die Grenzfrage. Unter den Vier Mächten bestand Einvernehmen, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht zu einer Revision der Grenzen in Europa führen dürfte. Insbesondere die Oder-Neiße-Grenze sollte unangetastet bleiben. Auch in Deutschland war sich jeder mit etwas politischer Einsicht seit langem darüber klar, daß wir zwar für unse-

ren Wunsch nach Wiedervereinigung Verständnis und in gewissem Umfang auch Unterstützung finden konnten, nicht aber für eine Änderung der bestehenden Grenzen. Es war eigentlich nur eine innenpolitische Frage, bei der es darum ging, die gerade in der CDU und CSU wortstarken Vertreter der Vertriebenenverbände und ostdeutschen Landsmannschaften mit den hinter ihnen stehenden Wählern psychologisch einzubinden. Der Bundeskanzler wollte das dadurch erreichen, daß sich der endgültige Verzicht auf die Ostgebiete gleichsam als Preis für die Wiedervereinigung darstellte. Deshalb wollte er sich nicht vorab öffentlich festlegen, sondern eine förmliche Regelung in den Zusammenhang mit dem Vollzug der deutschen Einheit stellen. Das führte zwischenzeitlich zu Spannungen, wurde aber letztlich in dieser Form realisiert.

Vielfältig waren die *innenpolitischen Kontroversen* in der Bundesrepublik selbst. Zunächst ging es primär um die Frage: schnell oder langsam? Die Bundesregierung war seit Anfang 1990 entschlossen, aufs Tempo zu drücken, besonders nachdem der Bundeskanzler im Frühjahr aus seinen Gesprächen mit Gorbatschow den Eindruck gewann, daß die günstige außenpolitische Konstellation vielleicht nicht sehr lange anhalten würde. Die Opposition war dagegen überwiegend für ein langsames Vorgehen, zum Teil aus der an sich nicht unberechtigten Erwägung, daß die Überwindung von 40 Jahren Teilung Zeit brauche, zum Teil aber auch, um eine als problematisch angesehene Vereinigung zu einem neuen deutschen Nationalstaat überhaupt zu verhindern. Der damalige Kanzlerkandidat der SPD, Lafontaine, warnte offen vor den Kosten einer Wiedervereinigung und versuchte noch im August 1990 die Verhandlungen zu verzögern, weil er für seinen Wahlkampf darauf setzte, daß die Probleme der Wiedervereinigung von Monat zu Monat stärker hervortreten würden.

Im Zusammenhang mit der Frage schnell oder langsam? stand eine Auseinandersetzung über die Modalitäten einer eventuellen Vereinigung. Sollte sie gegebenenfalls durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und Eingliederung in die westdeutsche Verfassungs- und Rechtsordnung erfolgen, wie es der damalige Art. 23 des Grundgesetzes vorsah? Oder sollte entsprechend einer anderen, scheinbar ebenfalls einschlägigen Verfassungsbestimmung (Art. 146) zunächst gemeinsam eine neue gesamtdeutsche Verfassung ausgearbeitet werden und die beiden deutschen Staaten dann auf dieser Grundlage den Zusammenschluß vereinbaren? Die Befürworter dieses zweiten Weges, die den erstgenannten als "Anschluß" kritisierten, fanden sich vor allem in denjenigen Kreisen, die der Wiederherstellung der deutschen Einheit ganz generell zurückhaltend oder ablehnend gegenüberstanden, sie gegebenenfalls aber zu einer umfassenden Änderung der Verfassungs- und Gesellschaftsordnung sowohl in Ost- als vor allem auch in Westdeutschland nutzen wollten. Die Frage erledigte sich durch die Wahlentscheidung der DDR-Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit für einen Beitritt votierte.

Diskutiert wurde nun nur noch darüber, ob die Einzelheiten des Beitritts und die notwendigen Anpassungs- und Übergangsregelungen mit der DDR vertraglich vereinbart werden sollten oder ob die DDR lediglich ihren Beitritt zu erklären hätte und alles Weitere dann – wie seinerzeit bei der Eingliederung des Saarlandes - einem vom Bundestag zu beschließenden Überleitungsgesetz überlassen würde. Den Ausschlag gab hier letztlich auch die Haltung der DDR, die auf einer vertraglichen Regelung bestand.

Die schwierigsten und langwierigsten Auseinandersetzungen gab es jedoch mit den Bundesländern. Diese wollten, verkürzt gesagt, am Vereinigungsprozeß umfassend und bis ins Detail beteiligt werden, aber von allen finanziellen Lasten freigestellt sein. Bei der Verteilung des Steueraufkommens, der Finanzverfassung einschließlich des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs sowie bei der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben verteidigten die Länder zäh ihren bisherigen Anteil und wandten sich gegen alles, was diesen Anteil in irgendeiner

Weise, direkt oder indirekt, verkürzen oder für die Zukunft präjudizieren könnte. Buchstäblich bis zum letzten Tag wurde um diese Fragen gerungen.

Auf der anderen Seite suchten die Länder die deutsche Vereinigung zu einer Verstärkung ihres politischen Einflusses zu nutzen. Die Regelung des Beitritts der DDR sollte nach ihren Vorstellungen mit Verfassungsänderungen verbunden werden, die zu einer kräftigen Verschiebung der Gewichte im Verhältnis zwischen Bund und Ländern geführt hätten. Auch von anderer politischer Seite wurden im übrigen Wünsche nach Verfassungsänderungen erhoben; ebenso wurden Versuche unternommen, spezielle gesetzgeberische Anliegen mit in das Verhandlungspaket zu packen. Schäuble, der die Verhandlungen führte, trat allen diesen Versuchen entschieden und letztlich erfolgreich entgegen. Die Herstellung der deutschen Einheit sollte nicht dazu mißbraucht werden, Verfassungs- und Gesetzgebungswünsche durchzusetzen, für die es unabhängig von der Wiedervereinigung keine Mehrheit gegeben hätte. Grundgesetz- und andere Gesetzesänderungen müßten vielmehr auf das beschränkt werden, was zur Herstellung der Einheit unbedingt notwendig war; alles andere sollte später im normalen parlamentarischen Verfahren behandelt werden.

Wurden auf diese Weise erhebliche Kräfte sozusagen schon an der Heimatfront verbraucht, so waren die *Verhandlungen mit der DDR* selbst auch keineswegs einfach. Die neue, frei gewählte Regierung unter Ministerpräsident de Maizière hatte zwar klar die Absicht zum Ausdruck gebracht, der Bundesrepublik beizutreten; sie hatte es jedoch mit der Verwirklichung nicht übermäßig eilig. Sie wollte die DDR zunächst – natürlich mit westdeutscher Hilfe – noch in eine bessere Form bringen. Im Blick auf die Vergangenheit sollten Aufräumarbeiten erledigt, im Blick auf die Zukunft Fakten geschaffen werden, die in die Vereinigung eingebracht werden und im künftigen Deutschland Bestand haben konnten. Im übrigen wollten natürlich alle neuen Minister und Abgeordneten erst einmal wirksam werden und Spuren hinterlassen. Es war schließlich nicht zu erwarten, daß sie ihren Ehrgeiz vor allem darauf richteten, sich selbst möglichst bald überflüssig zu machen. Auf der anderen Seite mußten wir darauf achten, daß in der Übergangszeit nicht einseitig Fakten gesetzt wurden, die den späteren Gesamtstaat in wesentlichen Punkten - vor allem außenpolitisch oder finanziell - präjudizieren würden.

Hinzu kamen recht erhebliche sachliche Gegensätze. Die erste Auseinandersetzung gab es schon bei den im April aufgenommenen Verhandlungen zur Währungsunion über den Umstellungskurs. Der Schwarzmarktkurs hatte über viele Jahre bei etwa 1 : 5 gelegen, war dann um die Jahreswende auf über 1 : 10 gestiegen, nach Ankündigung einer Währungsunion aber ungefähr wieder auf das frühere Niveau gesunken. Als im Verlauf des Wahlkampfs jedoch westdeutsche Politiker aller Parteien durch die DDR reisten und den Menschen nicht nur eine bessere Zukunft in Aussicht stellten, sondern ihnen auch versicherten, daß ihre bisherigen Leistungen voll gewürdigt würden, wuchs rasch die Hoffnung auf einen besseren Umtauschkurs. Kohl selbst nannte auf einer Wahlveranstaltung jedenfalls für kleinere Sparkonten ein Umtauschverhältnis von 1 : 1. Die dadurch geweckten Erwartungen ließen sich nicht mehr zurückdrängen; und die neue DDR-Regierung ging ganz hart mit der Forderung in die Verhandlungen, daß alle Konten, Löhne und Renten 1 : 1 umgestellt werden müßten. Nur mit Mühe konnte schließlich eine abgestufte Regelung gefunden werden, die im gewogenen Mittel ein Gesamtverhältnis von 1 : 1,8 ergab, ein Kurs, der nach Meinung aller Sachverständigen aber immer noch in keiner Weise ökonomisch gerechtfertigt war.

Noch brisanter war der Konflikt über Eigentums- und Vermögensfragen. Hierbei ging es einmal um Enteignungen aus der Zeit des Nationalsozialismus (jüdischer Besitz, Enteignung von Regimegegnern etc.), zum anderen um die vor Gründung der DDR noch unter sowjetischer

Oberhoheit erfolgten Enteignungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Bodenreform, und schließlich um Enteignungen, die später unter dem DDR-Regime vor allem im Westen lebende Personen und sogenannte Republikflüchtlinge betroffen hatten. Während die Rückgabe von unter nationalsozialistischer Herrschaft enteignetem Vermögen grundsätzlich nicht streitig war, erwies sich die Behandlung der nach 1945 erfolgten eigentumsrechtlichen Umwälzungen als außerordentlich problematisch. Die Bundesregierung, insbesondere die beiden von FDP-Ministern geführten Ministerien der Justiz und für Wirtschaft, traten nachdrücklich für eine weitgehende Wiederherstellung alter Rechte ein. Die DDR-Regierung und ganz persönlich de Maizière waren dagegen ebenso hartnäckig entschlossen, diesem Drängen enge Grenzen zu setzen. Für de Maizière stand, wie er ausdrücklich sagte, der Rechtsfrieden im Vordergrund. An erster Stelle sollte deshalb nach seiner Auffassung der Schutz der bestehenden Besitzverhältnisse stehen, nicht der Schutz des Eigentums. Man müsse von der Lage ausgehen, die in der DDR historisch gewachsen sei. Überhaupt nicht negotiabel waren für ihn – und im übrigen auch für alle in der Volkskammer vertretenen Parteien – die zwischen 1945 und 1949 erfolgten Enteignungen. Hieran nicht zu rühren, war eine *conditio sine qua non* für die DDR. In dem schließlich mühsam erreichten Kompromiß wurden diese Enteignungen daher auch nicht in Frage gestellt; für die Zeit nach 1949 verständigte man sich auf den – allerdings mit vielen Ausnahmen durchlöchernten - Grundsatz der Restitution. Zufrieden war mit dieser Regelung letztlich niemand, und besonders die durch Enteignungen vor 1949 Betroffenen protestierten lautstark und zogen, wenn auch im Ergebnis vergeblich, damit vor Gericht bis nach Straßburg.

In der Eigentums- und Vermögensproblematik stießen in ganz grundsätzlicher Weise zwei verschiedene Systeme aufeinander. Dabei fehlte es auf beiden Seiten an Verständnis für die sozialen und politischen Bedingungen des jeweils anderen. De Maizière, der sich in seiner protestantisch-preußischen Ethik als Sachwalter der Menschen in der DDR verstand, hatte nicht ganz Unrecht, wenn er meinte, auf der westlichen Seite einen Mangel an Sensibilität für die spezifischen Probleme der DDR feststellen zu können. Er wußte natürlich um die Abhängigkeit von der Bundesrepublik, wollte aber doch die Interessen und auch die Würde der DDR wahren und sie nicht einfach an die Bundesrepublik ausliefern. Vielmehr sollte, aus seiner Sicht, durch die Vereinigung insgesamt etwas Neues entstehen. Auf der anderen Seite hatte auch er wenig Verständnis für westliche Sensibilitäten. Bei Eröffnung der Verhandlungen über den Einigungsvertrag überraschte er uns mit der Forderung, auch Namen, Staatssymbole und –farben sowie die Nationalhymne des vereinigten Deutschlands zur Disposition zu stellen. Er mußte dann zwar einsehen, daß dies nicht gut möglich war, suchte aber immer wieder nach Wegen, die DDR gleichsam virtuell zu erhalten.

Mit der Währungsunion, die am 1. Juli 1990 in Kraft trat, wurde die Vereinigung praktisch bereits vollzogen. Rechtlich bedurfte es aber noch des förmlichen Beitritts und auch der die Vereinigung international sanktionierenden Regelung. Über die Modalitäten des Beitritts wurde von Anfang Juli bis Ende August zwischen den beiden deutschen Staaten verhandelt. Die unmittelbaren Vorbereitungen mitgerechnet, waren es nicht einmal ganze drei Monate, in denen ein überaus umfangreiches und komplexes Vertragswerk erstellt wurde. Während für die internationale Regelung vor allem Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher verantwortlich waren, war der Einigungsvertrag im wesentlichen das Werk von Wolfgang Schäuble;.

Am Anfang hatten wir – und erst recht die DDR – kaum eine Vorstellung von der Vielfalt und Schwierigkeit der dabei zu regelnden Fragen. Es galt nicht nur, eine Unzahl von Anpassungs- und Übergangsregelungen für die Überleitung des Bundesrechts in die DDR zu finden, sondern es mußten auch völlig unterschiedliche Strukturen miteinander verbunden werden. Das zentralstaatliche System der DDR mußte in ein föderales überführt werden, eine Ordnung, in

der alles staatlich war und alle Tätigkeiten von staatlichen Stellen ausgeführt wurden, mußte in weiten Teilen privatisiert werden.

Das war nicht zuletzt auch ein Personalproblem, dessen volle Dimension uns erst im Laufe der Verhandlungen deutlich wurde. Insgesamt gab es in der öffentlichen Verwaltung der DDR 1,74 Millionen Beschäftigte, und das ohne Volksarmee, Bahn und Post (zusammen noch einmal 664.000 – VA 183.000, Bahn 252.000, Post 229.000). Alle Behörden waren – ebenso wie die Betriebe in der Wirtschaft – personell völlig überbesetzt. Viele, besonders in der Zentralverwaltung, konnten als solche überhaupt keinen Bestand haben, weil es entsprechende Einrichtungen schon in der Bundesverwaltung gab (Ministerien und zentrale Ämter). Hier konnte es allenfalls darum gehen, Personal zu übernehmen, was aber aus politischen, organisatorischen und Haushaltsgründen nur in engen Grenzen möglich war. Ein großer Teil der DDR-Verwaltung mußte außerdem wegen der Zuständigkeitsregelung des Grundgesetzes auf die Länder überführt werden, die nun ihrerseits mit den Personalproblemen belastet wurden. Für viele DDR-Behörden schließlich gab es in der neuen öffentlichen Verwaltung überhaupt keine Entsprechung (z. B. das Bestattungswesen, das in der DDR eine staatliche Einrichtung war); sie mußten ersatzlos "abgewickelt", das heißt aufgelöst werden. Alle, die nicht weiter beschäftigt werden konnten, schieden nach einer Übergangszeit aus dem öffentlichen Dienst aus. Für viele bedeutete das Arbeitslosigkeit. Die sich daraus ergebenden Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten und intern zwischen den westdeutschen Behörden lassen sich un schwer vorstellen.

Ein weiteres großes Problem war die Hauptstadtfrage. Die DDR bestand von Anfang an nachdrücklich darauf, daß Berlin die deutsche Hauptstadt sein mußte. Das war über alle Jahre auch die offizielle Position der Bundesregierung gewesen. Inzwischen aber hatte man sich in Bonn gut eingerichtet; neue Ministerien und ein neues Parlament waren gerade gebaut worden. In den Verhandlungen machte sich Nordrhein-Westfalen für Bonn stark, während Berlin sich natürlich zusammen mit der DDR für Berlin einsetzte. Der Kompromiß war schließlich, daß Berlin zwar zur Hauptstadt erklärt wurde, die Entscheidung über den Sitz von Regierung und Parlament aber dem Bundestag vorbehalten blieb; der Ausgang ist allgemein bekannt.

Zu den großen Fragen kamen eine Vielzahl von Einzelproblemen, angefangen von der Anerkennung von Berufsabschlüssen über das Schicksal des Hochschulpersonals bis zur Regelung der Abtreibung, die in der Bundesrepublik noch strafbar, in der DDR aber innerhalb bestimmter Fristen zulässig war. Außerdem kämpfte die DDR um die Erhaltung ihrer sogenannten sozialen "Errungenschaften".

Zwischenzeitlich verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in der DDR. Die heimische Produktion nicht nur von Industrie-, sondern auch von Konsumgütern kam weitgehend zum Erliegen. Auch die Landwirtschaft wurde nach Aufhebung der staatlich garantierten Preise notleidend. Die bisher verdeckte Arbeitslosigkeit wurde zur offenen Arbeitslosigkeit, und die Zahlen stiegen dramatisch; bis zum Herbst 1990 mußte mit etwa 2 Millionen Arbeitslosen gerechnet werden. Darüber zerbrach die Koalition der DDR-Regierung. Am 16. August 1990 entließ de Maizière mehrere seiner Minister mit der Begründung, daß sie für Fehlentscheidungen in den Verhandlungen über den Einigungsvertrag verantwortlich seien. Darauf traten am 20. August alle SPD-Minister zurück, was wiederum Rückwirkungen in der westdeutschen SPD hatte und Lafontaine zu dem – allerdings letztlich vergeblichen – Versuch veranlaßte, die SPD-geführten Länder zu einer Blockade des Einigungsvertrages zu bewegen.

In der Nacht vom 22. auf den 23. August beschloß dann aber doch die Volkskammer mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der PDS und von 10 Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne und zwei Abgeordneten der SPD den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

Eine Woche später, am 31. August, konnte der Einigungsvertrag in Berlin unterzeichnet werden, in dem der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990 mit allen Anpassungs- und Übergangsregelungen festgehalten war. Die parlamentarische Zustimmung erfolgte, wenn auch nicht einstimmig, am 20. September sowohl im Bundestag als auch in der Volkskammer. Und zum Abschluß der "Zwei-plus-Vier-Gespräche" wurde am 12. September in Moskau der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland unterzeichnet, mit dem die Vereinigung Deutschlands in den bestehenden Grenzen anerkannt und die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes für beendet erklärt wurden. Damit waren die rechtlichen Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen

Die Kritik

Sind Fehler gemacht worden, oder was hätte anders gemacht werden sollen? Dazu ist zunächst zu sagen, daß man in der Politik wie auch im Leben nicht alles richtig machen kann. Schon gar nicht, wenn unter einem solchen Zeitdruck gehandelt werden muß.

Gerade hier setzt andererseits oft die Kritik an der damaligen Politik an: Die Wiedervereinigung sei überstürzt erfolgt, heißt es, die Menschen seien überfahren worden, man hätte der Entwicklung Zeit lassen sollen. Nur in der Realität gab es diese Zeit nicht; der rapide politische und wirtschaftliche Zerfall der DDR und der Massenexodus ließen gar keine Alternative zu raschem und entschiedenem Handeln. Die Bundesregierung war ja nicht nur Akteur, sie war auch Getriebener. Vor allem aber konnte nicht damit gerechnet werden, daß die günstige internationale Konstellation Bestand haben würde. Schon die im März 1991 - als letzte - erfolgte Ratifikation des Zwei-plus-Vier-Vertrages durch den Obersten Sowjet verlief nicht mehr ganz reibungslos; und im Juli 1991 gab es den Putsch in Moskau, der die Entmachtung von Gorbatschow und schließlich den Zerfall der Sowjetunion einleitete.

Auch der Vorhalt, die DDR-Wirtschaft sei nicht hinreichend geschützt worden, geht fehl. Zwar ist es richtig, daß in Westdeutschland wie in der DDR selbst das wirtschaftliche Potential der DDR vielfach falsch, d.h. zu hoch eingeschätzt wurde. Unabhängig davon bleibt aber die Tatsache, daß die Betriebe der DDR fast alle international nicht konkurrenzfähig waren. Um die ostdeutschen Betriebe so wie sie waren am Leben zu erhalten, hätte man das DDR-Gebiet wirtschaftlich abschließen, es gleichsam erneut mit einer Mauer, nun einer Zollmauer umgeben müssen, was praktisch und erst recht politisch kaum möglich gewesen wäre. Allenfalls hätten sich die Probleme durch andere Modalitäten bei der Währungsumstellung und durch Beibehaltung des niedrigen Lohnniveaus mildern lassen. Aber im Hinblick auf die Wahlen zur Volkskammer und dann im Dezember 1990 zum Bundestag war auch das politisch keine wirkliche Option.

Das eigentliche Problem lag meines Erachtens in einer Fehleinschätzung

- einerseits der Mentalität der DDR-Bevölkerung,
- andererseits der Auswirkungen der Wiedervereinigung.

Viele Westdeutsche und insbesondere auch der Bundeskanzler meinten, die Menschen in der DDR würden auf die neue Lage reagieren wie seinerzeit die Westdeutschen auf die Wäh-

rungsreform. Mit anderen Worten: es genüge, ihnen eine kaufkräftige Währung und eine marktwirtschaftliche Ordnung zu geben, und die Produktivkräfte würden sich entfalten und mehr oder weniger von selbst zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen. Nicht gesehen und nicht verstanden wurde, daß die Menschen über vierzig Jahre anders erzogen worden und an eine Ordnung gewöhnt waren, die nicht die eigene Initiative, sondern abwartenden Konformismus belohnte.

Nicht verstanden wurde auch, daß sich für die Menschen in der DDR von einem Tag auf den anderen alles änderte, Gewohntes keine Geltung mehr hatte und alle bisherigen Bezugsgrößen hinfällig wurden. Nicht nur, daß viele ihren Arbeitsplatz und damit auch ihren sozialen Rückhalt verloren; auch die, die nicht arbeitslos wurden, mußten ihr Leben total umstellen.

In Westdeutschland sah man das nicht. Scheinbar änderte sich hier ja auch nichts, so daß man meinte, alles könne im wesentlichen so weitergehen wie bisher; und die Bundesregierung tat nichts, um diesem Eindruck entgegenzuwirken. Aber das wiedervereinigte Deutschland war in Wahrheit nicht einfach eine erweiterte Bundesrepublik, sondern ein Land mit neuen Aufgaben und neuen Problemen – sowohl außen- wie innenpolitisch. Dessen wurde man sich im Westen nur langsam bewußt. Die eigentlichen Fehler der Wiedervereinigung sind daher meines Erachtens nach dem 3. Oktober 1990 gemacht worden, insofern als aus der neuen Lage nicht sofort die nötigen Konsequenzen gezogen wurden. Die im Herbst 1990 durchaus vorhandene Opferbereitschaft der Bevölkerung wurde nicht genutzt, um ohnehin notwendige, durch die Wiedervereinigung aber noch dringlicher gewordene Reformen – vor allem bei den Sozialversicherungssystemen und im Arbeitsmarkt – zu machen. Auch die Annahme, die Strukturanpassung in den neuen Ländern lasse sich weitgehend aus den laufenden Einnahmen finanzieren, erwies sich als schwerwiegende Fehleinschätzung. Erst allmählich wurde erkannt, daß die Herstellung der deutschen Einheit eine Aufgabe war, die sowohl materiell als auch vor allem mental Anstrengungen über eine lange Zeit erforderte und eine oder vielleicht zwei Generationen in Anspruch nehmen würde.

Das macht die Leistung des Jahres 1989/1990 nicht geringer. Was nur wenige Jahre vorher kaum jemand für möglich gehalten hatte, geschah: Am 3. Oktober 1990 wurde Deutschland wieder vereinigt und erlangte als Staat seine volle Souveränität zurück. Knapp vier Jahre später, im September 1994, verließen auch die letzten russischen Truppen das Land. Fast 50 Jahre Besatzung waren beendet; und das alles ohne Krieg, ja ohne nennenswerte Konflikte, und im Einvernehmen mit unseren Nachbarn.

Noch einmal: Wir haben Glück gehabt! Und ich meine, wir dürfen auch ein wenig stolz darauf sein. Und wir sollten es auch nicht vergessen.